



BERICHT

Die Rolle des Mehrjährigen Finanzrahmens in der neuen EU-Wachstumsstrategie

Adenauer-Forum zum Mehrjährigen Finanzrahmen

mit **Janusz Lewandowski**, EU-Kommissar für Finanzplanung und Haushalt,

und **Reimer Böge MdEP**, Berichterstatter des EP zum Mehrjährigen Finanzrahmen.

Dienstag, 19. Juni 2012, 13.00 Uhr

Neben der Lösung der Wirtschaftskrise im Euroraum stehen die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 (MFR) derzeit ganz oben auf der Agenda der politischen Entscheidungsträger der EU. Beide Themen sind durchaus miteinander verbunden, wie Janusz Lewandowski, EU-Kommissar für Finanzplanung und Haushalt, in seinem Vortrag im Rahmen des Adenauer-Forums zum Thema: „Die Rolle des Mehrjährigen Finanzrahmens in der neuen EU-Wachstumsstrategie“ aufzeigte. Denn in Zeiten knapper Kassen, so Lewandowski wörtlich, könne der Mehrjährige Finanzrahmen für den EU-Haushalt 2014-2020 für mehr Wachstum und Beschäftigung sorgen. So stelle er nicht nur die Hauptquelle von staatlichen Investitionen in vielen EU Mitgliedstaaten dar, sondern erleichtere durch die von der Kommission vorgeschlagenen neuen Regeln auch Strukturreformen in Europa und sei überdies mit den Zielen des europäischen Stabilitätspakts und der Konsolidierung der Staatsfinanzen vereinbar.

Der neue MFR wird sich in mehreren Punkten vom dem der letzten Periode unterscheiden. So soll es keine realen Steigerungen gegenüber 2013, sondern lediglich eine Inflationsanpassung geben. Zudem sollen die beiden größten Ausgaben, nämlich Kohäsion und Landwirtschaft nominal eingefroren und die hierdurch frei werdenden Mittel für Zukunftsausgaben eingesetzt werden. Insgesamt sollen die Mittel stärker zielgerichtet eingesetzt werden.

Lewandowski ging auch im Detail auf die drei mit dem MFR verbundenen Ziele – Strukturreformen und Wettbewerbsfähigkeit, wachstumsfördernde Investitionen

sowie fiskalische Konsolidierung des Haushalts ein. Der Kommissar machte deutlich, dass Wettbewerbsfähigkeitsprobleme mittels Strukturreformen früh genug angegangen werden müssten, um zukünftige Probleme zu vermeiden. Die Kommission habe daher vorgeschlagen, den Erhalt von Struktur- und Kohäsionsmitteln mit der Umsetzung von wachstumsfördernden Strukturreformen zwingend zu verbinden. Diese sogenannte Makro-Konditionalität erlaubt es, Strukturreformen viel stärker zur Durchsetzung zu verhelfen als in der Vergangenheit.

Allerdings seien Strukturreformen alleine nicht ausreichend, so Lewandowski weiter. Nur die intelligente Kombination von Strukturreformen und Investitionen werde letztendlich zusätzliches Wachstum bringen. Ausgaben müssten auf wachstumsorientierte Felder wie Forschung und Entwicklung, Bildung und grenzüberschreitenden Infrastrukturnetzwerken umgewidmet werden. Als Beispiel nannte er die deutsche Energiewende und die damit verbundene Investitionen in den Aufbau modernster Transportnetze.

Schließlich, so Lewandowski, dürfe auch die Haushaltsdisziplin nicht aus dem Blick geraten. Anders als von manchen Mitgliedstaaten befürchtet, habe die geplante Wachstumsagenda jedoch keine negativen Auswirkungen auf die Konsolidierung der europäischen Haushalte. Im Gegenteil trügen die neuen Budgetvorschriften dazu bei, dass Mitgliedstaaten die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakt einhalten würden. Darüber hinaus können auch die Reformvorschläge zu den Eigenmitteln für den EU Haushalt – namentlich die geplante Finanztransaktionssteuer – einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Abschließend gab der EU-Kommissar noch einen Ausblick auf die anstehenden Verhandlungen über den MFR. Noch lägen die Positionen der verschiedenen Parteien weit auseinander. Er vertraue jedoch auf die konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Europäischen Parlament.

Dass letzteres gewillt ist, in der Frage des zukünftigen Haushalts der EU ein entscheidendes Wort mitzureden, machte der Berichterstatter des Europäischen Parlamentes zum MFR, der CDU-Abgeordneter Reimer Böge MdEP, deutlich. Das Parlament sei interessiert an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten. Allerdings gäbe es keine Lösung um jeden Preis. Die bestehenden Verträge müssten beachtet werden, besonders im Hinblick auf die Rolle des Europäischen Rates, der als Leitliniengeber, nicht jedoch als Legislativorgan wirken

solle. Böge ging auch auf das mögliche Szenario eines Scheiterns der Verhandlungen ein. In diesem Fall blieben die Obergrenzen aus dem MFR 2007-2013 bestehen.

In seinem Vortrag zog Böge auch eine Bilanz der von der dänischen Ratspräsidentschaft vorgestellten so genannten „Verhandlungsboxen“ zum MFR. Bei diesem Instrument handelt es sich um eine Reihe vorläufiger Dokumente, welche die wichtigsten Fragen und Optionen in Bezug auf Ausgaben und Einnahmen enthalten ohne jedoch konkrete Zahlen zu nennen. Böge begrüßte im Grunde dieser Form der Verhandlungsgrundlage, kritisierte jedoch, dass die Dokumente viele Paragraphen enthielten, die einer Konsultation des Europäischen Parlamentes bedürften und nichts mit dem eigentlich MFR zu tun hätten.

Im Anschluss an die Ausführungen Lewandowskis und Böges entspann sich eine lebhafte Diskussion, die sich vor allem um die Frage drehte, wie in Zukunft die europäischen Strukturfonds wachstumsfördernder eingesetzt werden können. Berichterstatter Böge begrüßte sowohl den Vorstoß der Kommission in der Frage der Eigenmittel also auch den Vorschlag Lewandowskis, Investitionsprogramme zukünftig zielgerichteter einzusetzen. Hier müsse eine härtere Linie gefahren und Gelder für überflüssige Prestigeprojekte auch notfalls eingefroren werden.

Dem ebenfalls anwesenden ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlamentes, Jerzy Buzek MdEP, war es dann vorbehalten das Schlusswort zu sprechen. In einem flammenden Appell rief Buzek die Kommission und das Europäische Parlament auf, gegenüber dem Rat auf den ihnen durch den Vertrag eingeräumten Rechten zu beharren. Die Entscheidung über den MFR 2013-2020 sei zu wichtig, um sie alleine den Mitgliedstaaten zu überlassen. Nichtsdestotrotz hoffe er natürlich, dass die betreffenden EU-Länder ihre Blockadehaltung aufgäben, damit eine rasche Einigung erzielt werden könne.

Der MFR wird auch ein wichtiges Thema bei der Tagung des Europäischen Rates am 28. und 29. Juni sein. Das Europäische Parlament hatte sich bereits vergangene Woche auf eine gemeinsame Position für Verhandlungen mit dem Rat festgelegt. Eine Einigung soll noch vor Jahresfrist erreicht werden.